

Peter Gauweiler fordert: Gebt den Griechen die Drachme zurück

Der CSU-Abgeordnete hat gegen die Euro-Hilfen geklagt. Heute entscheidet Karlsruhe: Seite 3

AZ-INTERVIEW
mit
Peter Gauweiler

Der 62-jährige Rechtsanwalt sitzt für die CSU im Bundestag. Bereits 2009 hatte er gegen den Vertrag von Lissabon geklagt.

„Das führt in den Untergang“

Kläger Peter Gauweiler sieht die Demokratie in Gefahr und warnt vor der Inflation

AZ: Herr Gauweiler, warum haben Sie gegen die Rettungshilfe geklagt?

PETER GAUWEILER: Diese Form der „Rettungspolitik“, ich sage das bewusst in Anführungszeichen, setzt sich über alle Stabilitätsanforderungen hinweg, die bei der Gründung der Währungsverfassung abgegeben worden sind. Die berühmten Stabilitätskriterien, wie zum Beispiel das Verbot des Herauskaufens verschuldeter Staaten, sind ins Gegenteil verkehrt worden. Aus der Währungsunion ist eine Haftungs- und Transferunion geworden. Zweitens geht es in meiner Verfassungsbeschwerde vor allem um die Mitbestimmung des Parlaments: Unsere eigenen Verfassungsstrukturen, die die Demokratie schützen sollen, sind in Gefahr.

Inwiefern?

In der Demokratie spricht für einen Staat das Volk. Weil dies nicht in allen Punkten geht, hat es sich dazu Vertreter geschaffen, in Form eines Bundestages. Wenn der Bundestag Summen, die fast das gesamte Jahreseinkommen des Landes an Einkommen- und Lohnsteuer beträgt, pauschal und ohne Rückholrecht für Instanzen wie den Rettungsfonds verbürgt, dann ist damit logischerweise auch der demokratische Aufbau gefährdet.

Warum?

Welchen Wert hat es dann noch, sich an Wahlen zu beteiligen? Für ein Parlament, dessen Abgeordnete nichts mehr zu entscheiden haben, weil über das Staatsgeld ja schon längst von anderen verfügt ist? Auch wird immer erklärt, der Euro sei stabil und nur durch Spekulationen von Hedgefonds und Investmentbankern in Schieflage geraten. Warum wird dann dagegen nichts unternommen? Der Bürger hat aus meiner Sicht auch ein verfassungsrechtlich garantiertes Recht auf diesbezügliches staatliches Einschreiten. Der Staat muss den Bürger vor dieser bindungslosen Finanzwirtschaft schützen!

Aber auch die Griechenland-Krise muss jetzt irgendwie gelöst werden.

Ich schlage dem Land einen ähnlichen Kurs vor wie den, den die Türkei in den 90ern eingeschlagen hat. Damals steckte die Türkei in einer massiven Wirtschaftskrise mit einer hohen Arbeitslosigkeit und explodierender Staatsverschuldung. Sie hat damals nicht nur auf ein Sparprogramm gesetzt, sondern ihre Währung abgewertet.

Und hat damit nicht nur den Tourismus extrem verbilligt. Heute gehört die Türkei deshalb zu den Aufsteigerländern. Deshalb habe ich für Griechenland schon vor einem Jahr vorgeschlagen: eine zeitweise Rückkehr des Landes zur Drachme und eine Abwertung der Währung. Die jetzt forcierten drastischen Sparprogramme, die hält das Land auf Dauer nicht aus.

Gibt es nicht dann einen Dominoeffekt für die restliche Eurozone?

Das Gegenteil: Ein Gesundheitsprogramm kann auch im positiven Sinne ansteckend wirken. Der Euro war einmal als Klammer für die europäische Idee gedacht. Jetzt ist er zu einem Spaltpilz geworden. Wenn zu viel unter ein Zentralsystem gezwungen wird, kann das sogar zu neuem Völkerhass führen.

Die Verschuldung ist kein rein griechisches Problem.

Eben, auch die großen Länder, auch Deutschland hat sich viel zu stark verschuldet. Wir sind jetzt bei zwei Billionen Euro Schulden, damit ist ein Großteil unserer Pensionslasten noch nicht eingerechnet. Wir können uns doch jetzt nicht nochmal mehr verschulden, damit überschuldete Länder ihrerseits ihre Schulden erhöhen können. Das kann nur in den Untergang führen.

In den Untergang des Euro?

Sagen wir so: Der Euro ist überdehnt. Die Umweltschützer wissen: Man kann ein Biotop auch ruinieren, indem man ihm zu viel Energie zuführt. Die Summe der im Jahr 2010 produzierten Waren und Dienstleistungen lag nach einer Statistik von Weltbank und IWF bei 68 Billionen Dollar. Der Wert der im Dezember des gleichen Jahres verkauften Finanzderivate lag bei 680 Billionen Dollar. In einem Monat! Das zeigt, dass hinter diesen Derivaten, die bald die Billionengrenze überschreiten und

von einer Truppe von Manhattan-Boys jongliert werden, kaum noch realer Wert steckt. Jeder weiß, das kann nur in explodierender Inflation enden. Darauf werden die Staaten reagieren, wie sie immer reagiert haben: mit Entwertung von Ersparnissen und „Währungsreform“.

Ist der Kapitalismus gescheitert?

Früher war unser Eigentum stets bedroht durch Marxismus und Kommunismus und die damit verbundene Kollektivierung. Heute ist das Eigentum wieder von Kollektivismus bedroht: das losgelöste Prinzip des Shareholder-Value, das Verpfänden und Verbriefen, die weltweiten Leerverkäufe. Wo der reale Wert des Eigentums und der Realwirtschaft abgelöst wird von dem, was die so genannte Finanzwirtschaft damit macht. Da agieren Leute an der Macht, die über fremdes Eigentum verfügen. Nur dass die nicht mehr hinter den Mauern des Kreml sitzen, sondern irgendwo an der Park Avenue. *Int.: Annette Zoch*